Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rede
Nr. 160/2026
Kiel, 18.06.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Gehörlosen Menschen endlich Anerkennung geben!

„Als Minderheitenpartei wissen wir, was es bedeutet, wenn Menschen übersehen werden. Wir wissen, wie wichtig es ist, dass nicht immer nur diejenigen berücksichtigt werden, die ihre Interessen am schrillsten vertreten. Und vielleicht fällt uns deshalb besonders deutlich auf, wenn diejenigen vergessen werden, die keine große Lobby haben. Für mich ist das Gehörlosengeld deshalb weit mehr als eine finanzielle Leistung. Es ist ein Zeichen des Respekts. “

Christian Dirschauer zu TOP 12 - Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Landesgehörlosengeldes (Drs. 20/4515)

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,
manchmal verrät eine politische Debatte mehr über unsere Gesellschaft als jede Sonntagsrede. Denn die Frage, die heute vor Ihnen liegt, lautet nicht, ob Schleswig-Holstein sich ein Gehörlosengeld leisten kann. Die eigentliche Frage lautet: Wollen wir gehörlosen Menschen endlich die Anerkennung geben, die ihnen seit Jahren zusteht? Oder finden wir wieder einen Grund, warum es angeblich gerade nicht geht?

Denn eines muss man klar sagen: Gehörlose Menschen warten in Schleswig-Holstein nicht erst seit gestern auf einen angemessenen Nachteilsausgleich. Sie warten seit Jahren darauf, dass ihre Lebenswirklichkeit politisch ernst genommen wird. Und genau das ist das Problem. Über Inklusion wird gerne

SSW IM LANDTAG

gesprochen. Über Teilhabe wird gerne gesprochen. Über Respekt und Vielfalt wird gerne gesprochen. Aber wenn es konkret wird, wenn ein echter Ausgleich geschaffen werden soll, dann wird plötzlich gerechnet, geprüft, vertagt und verwiesen.

Meine Damen und Herren, während die meisten von uns morgens selbstverständlich in den Tag starten, müssen gehörlose Menschen viele Dinge organisieren, über die andere nie nachdenken müssen. Ein Arztbesuch. Ein Gespräch mit einer Behörde. Ein Anruf bei der Versicherung. Ein Einkauf auf dem Wochenmarkt. Was für die meisten Menschen selbstverständlich ist, bedeutet für gehörlose Menschen oft zusätzlichen Aufwand, zusätzliche Technik und zusätzliche Kosten.

Während Hörende schnell zum Telefon greifen, brauchen gehörlose Menschen häufig Videotelefonie, Dolmetschende oder andere technische Unterstützung. Während wir eine Durchsage im Bahnhof oder im Wartezimmer ganz selbstverständlich wahrnehmen, bleibt sie für andere unsichtbar. Während wir darauf vertrauen, dass ein Rauchmelder uns warnt, brauchen gehörlose Menschen zusätzliche Technik, Vibrationssysteme oder optische Signale, damit aus einem Alarm überhaupt Sicherheit wird. Das sind keine Sonderwünsche. Das ist Alltag. Und wer deshalb behauptet, ein Gehörlosengeld sei eine besondere Vergünstigung, der hat die Realität dieser Menschen nicht verstanden. Es geht nicht um Privilegien. Es geht um Fairness. Es geht darum, Nachteile auszugleichen, die niemand freiwillig gewählt hat.

Was mich an der langjährigen Debatte besonders stört, ist etwas anderes. Seit Jahren wird den Betroffenen gesagt, man müsse auf den Bund warten. Auf Berlin. Auf eine bundesweite Lösung. Auf bessere Zeiten. Aber worauf eigentlich? Der Bund hat kein Gehörlosengeld angekündigt. Der Bund hat Schleswig-Holstein nie daran gehindert, selbst zu handeln. Und andere Bundesländer haben längst gezeigt, dass es geht. Dort hat man die Verantwortung nicht weitergereicht. Dort hat man entschieden.

Deshalb sollten wir heute ehrlich miteinander sein: Es fehlte nie die Zuständigkeit. Es fehlte nie das Wissen über die Probleme. Und es fehlte auch nicht an den Argumenten. Es fehlte der politische Wille. Stattdessen wurden gehörlose Menschen Jahr für Jahr vertröstet. Mit Verweisen auf Haushaltszwänge. Mit Verweisen auf Berlin. Mit Verweisen auf bestehende Hilfesysteme. Doch die Lebenswirklichkeit der Betroffenen verschwindet nicht, nur weil Politik ihre Verantwortung verschiebt. Die zusätzlichen Kosten verschwinden nicht. Die Barrieren verschwinden nicht. Und die Benachteiligungen verschwinden schon gar nicht. Wenn wir also immer wieder von gesellschaftlichem Zusammenhalt, von Respekt und von Teilhabe sprechen, dann müssen wir bereit sein, diesen Worten auch Taten folgen zu lassen.

SSW IM LANDTAG

Gerade als SSW ist uns das wichtig. Als Minderheitenpartei wissen wir, was es bedeutet, wenn Menschen übersehen werden. Wir wissen, wie wichtig es ist, dass nicht immer nur diejenigen berücksichtigt werden, die ihre Interessen am schrillsten vertreten. Und vielleicht fällt uns deshalb besonders deutlich auf, wenn diejenigen vergessen werden, die keine große Lobby haben. Für mich ist das Gehörlosengeld deshalb weit mehr als eine finanzielle Leistung. Es ist ein Zeichen des Respekts. Ein Zeichen der Anerkennung. Und ein Zeichen dafür, dass dieses Parlament die Lebenswirklichkeit gehörloser Menschen endlich ernst nimmt.

Die gehörlosen Menschen in Schleswig-Holstein brauchen keine Prüfaufträge oder Arbeitskreise. Sie brauchen keine wohlwollenden Absichtserklärungen. Sie brauchen eine Entscheidung. Eine Entscheidung darüber, ob dieses Parlament bereit ist, ihre Lebenswirklichkeit anzuerkennen. Eine Entscheidung darüber, ob Teilhabe für uns mehr ist als ein Wort in Sonntagsreden. Als SSW haben wir unsere Entscheidung längst getroffen. Weil Respekt nicht vertagt werden kann. Weil Gerechtigkeit nicht auf bessere Zeiten warten darf. Und weil die Menschen, um die es heute geht, lange genug gewartet haben.
Vielen Dank.

SSW IM LANDTAG